

Der. In einer... Vorstand abgetrennt und u. a. erklären die Arbeiterinnen:

Wir lehnen mit Entschiedenheit die Methoden der Kommandos der Schuss und des Reichsbanners ab, die sozialdemokratische gegen kommunistische Klassenkämpfer ausbeuten. Der Tod unseres Genossen Warkus war nur die Folge einer solchen planmäßigen Schussprozedur gegenüber kommunistischen Arbeitern. Nicht Zerfleischung, sondern kämpfende rote Einheitsfront braucht das Proletariat zum Siege über seine Unterdrücker. Diese Einheitsfront kann es nur geben, unter dem Banner der kommunistischen Partei.

Edel als Hausknecht von Wels

Ueberritt zur KPD in einer SPD-Mitgliederversammlung

Die Anhänger des Parteivorstandes in Wels hatten für eine Mitgliederversammlung alles mobil gemacht. Der Referent Edel vom Landesvorstand erklärte, daß bei Wels noch vorläufig noch vom Faschismus keine Rede sein könne, er deswegen das kleinere Übel sei und toleriert werden müsse. Das SPD-Mitglied Winiak sprach gegen die Notverordnungspolitik des Wels und wandte sich dann scharf gegen ihre Informantenführer. Eindeutig erklärte er: „Genossen, alles für die Einheit, alles für die Einheit der Arbeiterklasse. Tretet mit mir ein in die kommunistische Partei!“ Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der Versammlung: Händeklatschen und Bravorufen bel den Arbeitern, Pulkruse und „Schmeißt ihn raus!“ bei den Parteivorstandsdelegationen und ihrem Anhang. Auf Grund des Hausrechts (1) wurde Winiak zum Verlassen des Versammlungsraumes genötigt.

Ausschlüsse auch in der SPD Badens

Der badische Landesvorstand der SPD hat den Führer der „rotblauen Sozialisten“, C. K. E. r. t., aus der Partei ausgeschlossen. Ausschlaggebend war, daß sich E. r. t. an einer Auslandsdelegation beteiligen will.

Die KPD verdoppelt ihre Stimmen!

Wie gewinnen zwei Mandate, SPD verliert vier bei der Gemeindevahl in Gersdorf

Gersdorf, Bez. Chemnitz, 4. Oktober.

Am Sonntag fanden hier die Wahlen zum Gemeindeparsament statt. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis verteilten sich die Mandate wie folgt: KPD 4 (2), Sozialdemokraten 5 (9), Bürgerliche 3 (7), Nationalsozialisten 7 (1), Kommunistische Opposition 0 (0).

Die Wahl in Gersdorf zeigt, daß der Vormarsch der KPD auch auf dem Lande unaufhaltsam und der Verlust der SPD katastrophal ist. Bei allem Erfolg, den die Partei erzielt hat, muß indessen selbstkritisch festgestellt werden, daß es nicht gelungen ist, alle von der SPD abgewanderten werktätigen Wähler für uns zu gewinnen. Der Kampf gegen die Nazis, die nicht nur die abgewanderten bürgerlichen Stimmen, sondern auch einen Teil der früheren SPD-Wähler gewonnen haben, muß auf der ganzen Linie verstärkt werden.

SPD-Arbeiter fahren in die UdSSR

Die Mut des Parteivorstandes

Die SPD-Presse ist in großer Verlegenheit. Jahrelang hat sie behauptet, die Sowjetmacht lasse keinen Sozialdemokraten an Ort und Stelle über die wirkliche Lage in der UdSSR Untersuchungen vornehmen, was eine freche Lüge war (siehe die zahlreichen sozialdemokratischen Arbeiter, die in den letzten Jahren als Arbeiterdelegierte in der UdSSR waren). Nun hat der Zentralkomitee des Gewerkschaftsbundes der Sowjetunion eine besondere SPD-Arbeiter-Delegation nach der Sowjetunion eingeladen und prompt folgt das Verbot der Parteileitung, an dieser Delegation teilzunehmen, widrigenfalls der Betreffende seinen Ausschluss aus der Partei erwischt habe. Und ebenso prompt folgt eine widerwärtige Verleumdungskampagne gegen die SPD-Delegation. So bezeichnet die sächsische SPD-Presse die Delegation als eine „Spazierfahrt“, die angeblich dem Zwecke diene, „kommunistische Jellenarbeit in der sozialdemokratischen Organisation zu treiben“.

„Vier Wochen Spazierfahrt mit gutem Essen und Trinken ist der Induslohn, der für den Parteivorrat gezahlt werden soll.“

beißt es im geschmackvollen Journaliststil weiter. Den sozialdemokratischen Arbeitern aber werden schließlich doch die Gedanken kommen, warum die sächsische SPD-Presse wohl so fanatisch ihre Reise in die UdSSR zu verhindern sucht, warum sie ihre Reise in die UdSSR als einen Parteiverrat qualifiziert. Sie sollen die Wahrheit über die UdSSR nicht erfahren, denn diese Wahrheit ist das Todesurteil für die SPD.

Anfragen betr. Wahl von Delegierten usw. sind zu richten an den „Bund der Freunde der Sowjetunion“, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77-79.

250 Pfändungen in einem Ort

1000 Arbeiter und Bauern demonstrieren — Kampfausschlüsse gebildet

In Holzheim bei Neuh am Niederrhein ist die Spar- und Darlehenskasse, eine Tochtergesellschaft des Reichsbankgenossenschaftsverbandes, zusammengebrochen. Die Zentrumschäftsführung hat mit den Geldern der Arbeiter und Bauern eine verwerfliche Vorkriegswirtschaft getrieben. Jetzt sollen die werktätigen Genossenschaftsmitglieder dafür haften. Bei 250 Kleinbauern wurden Pfändungen verfügt. Am 18. Oktober sollen die ersten Zwangsversteigerungen durchgeführt werden, um — wie der Landrat in einem Schreiben erklärt — „die sowjetischen Schuldner mit der Strenge der Konturordnung zur Zahlung zu zwingen“.

Die kommunistische Partei hat in Holzheim eine Versammlung der Arbeiter und Bauern gegen Pfändung und Zwangsversteigerung durchgeführt. Rund 1000 Arbeiter und Bauern kamen zu dieser Demonstration, die als Auftakt zum Massenprotest gegen Pfändung und Zwangsversteigerung durchgeführt wurde. Ein Kampfausschluß wurde einstimmig gewählt, der in Verbindung mit der kommunistischen Partei an der Spitze des Widerkampfes gegen die Zwangsenteignung steht.

Polizei gegen freitrende Bergarbeiter

Hindenburg, D.-S., 4. Oktober 1931 (Fig. Meldung)

Heute nachmittag ist die Bergschicht in der Hüttenanlage zu 60 Prozent in den Streik getreten. Als heute ein Betriebsrat des Einheitsverbandes zu den Kampfsprechern wollte, wurde er von der Polizei mit dem Revolver bedroht. Die Arbeiter schlugen darauf auf die Polizei mit ihren Grubenlampen. Polizei und Gewerkschaften holten Verstärkung und prügelten die Kampfsprecher zusammen. Ein Teil der Bergarbeiter konnte nicht zugehen und mußte ohne Lampe in den Schacht einsteigen.

Nazis für Lohnraub und Inflation!

Wie in der Presse der Schwerindustrie die Forderung, daß Deutschland dem englischen Vorbild in der Ausgebung der Goldwährung folgen muß, gestellt wird, so propagieren die nationalsozialistischen Reklameredner der Schwerindustrie die Einführung einer neuen Inflation.

Die Essener Nationalzeitung bringt einen Artikel unter der Überschrift „Das englische Beispiel“, in dem die „Notwendigkeit“ daß Deutschland England folgen müsse, „bewiesen“ werden soll. Die Nazizeitung frohlockt darüber, daß außer England und den übrigen Gebieten des britischen Imperiums schon eine ganze Reihe anderer Länder „runter vom Goldstandard“ sind. Die Frage, „bedeutet das eine Inflation in den Ländern, deren Währungsfuß gegenüber dem Gold zurückgeht?“ wird von ihr mit einem kategorischen „keineswegs“ beantwortet.

Sie spekuliert auf die „nationale“ Einstellung ihrer Anhänger und konzentriert alle Aufmerksamkeit auf den Angriff, den England mit der Aufhebung seiner Goldwährung gegen das finanziell übermächtige Frankreich führe. Dabei verschweigt sie, daß dieser Angriff auch gegen Deutschland geführt wird und die Bestrebungen der deutschen Schwerindustrie auf rigorosen Lohnabbau verstärken muß. (Siehe das Telegramm der sächsischen Unternehmer an die Brüningregierung, das ein schlagendes Beweis für die Tatsache ist, daß durch die Pfundkrise dem deutschen Unternehmer das Stichwort für den Lohnabbau gegeben wird. Die Redaktion.)

Mit den Gegnern der Inflationstheorie polemisierend, schreibt die Nationalzeitung:

„Daß die Länder, die von der Goldwährung abgehen, sich einem offenen Exportvorsprung sichern, daß ihre Wirtschaft sich beleben muß, sieht man doch ein.“

Das ist also für die Nazis ganz besonders wünschenswert! Dabei unterlassen sie nur die Tatsache, daß die Kosten für diesen „Exportvorsprung“ ausschließlich die werktätigen Massen, vor allem die Arbeiter zu tragen haben, während die Finanzkapitalisten, die Stinnes und Konjonten, den Gewinn fälligen.

Auf welche Art und Weise die „Wiedereingliederung“ des in die Gefahrenmomente, die die Nazis sowieso die Sozialdemokratie gegen die Inflation empfehlen, durchgeführt werden soll, das hat die Inflation 1928 gezeigt. Damals wurde die „Wiedereingliederung“ im Verhältnis von 1 zu einer Million durchgeführt. Der Zweck der Inflation war erreicht: an Arbeiterlöhnen hatte die Industrie ungefähr 28 Milliarden „spart“ und die Ersparnisse des breiten Mittelstandes waren im größten Maße in die Kassen der Großkonzerne „überreignet“ worden.

Arbeiter, Angestellte, Mittelständler merkt sich, die Nazis wollen diesen Idealszustand für die Kapitalisten wieder herbeiführen, sie fordern Ministerjesset zur Durchführung der Inflation.

Nazistreibtreiber im Hafnarbeiterstreik

Danzig, 4. Oktober. (Fig. Bericht)

Nach heute ging der Streik der Hafnarbeiter geschlossen weiter. Etwa 100 Nazistudenten arbeiteten unter hartem Polizeischutz im Hafen, doch können sie nichts Entscheidendes leisten. Die Arbeitslosen weigern sich weiterhin geschlossen, Streikarbeit zu verrichten. In einer Hafnarbeiterversammlung, die gestern abend stattfand, traten erneut 80 Mitglieder der sächsischen und ADGB-Gewerkschaften zum roten Einheitsverband über. Ein Teil der Unternehmer hat der Streikleitung mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Diese Verhandlungen werden heute ausgenommen, einzelne Unternehmer erklärten schon, daß sie vom Lohnabbau Abstand nehmen wollten. Wie wir schon erfahren, ist im polnischen Hafen Gdingen ebenfalls der Streik ausgebrochen. Polizei hat bereits Verhandlungen vorgenommen und Militär wurde gegen die Streikenden eingesetzt.

ADGB für neuen Unterstüktungsraub!

Arbeitslose, Betriebsläge, rechnet ab mit der Verräterbande / Ab heute Unterstüktungsraub in Kraft

Wie „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, mitteilt, haben im Vorstand der Reichsanstalt die Gewerkschaftsvertreter für die Herabsetzung der Unterstüktungsdauer von 26 auf 20 Wochen und für die Saisonarbeiter sogar auf 16 Wochen gestimmt.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer sind also voll verantwortlich für den neuen Unterstüktungsraub. Sie haben ein neues, unerhörtes Verbrechen gegen die Arbeitslosen begangen, um eine Heranziehung der Kapitalisten zur Aufbringung der Arbeitslosenunterstüktung zu verhindern.

Der „Vorwärts“ treibt die Verhöhnung der Arbeiter sogar so weit, daß er den neuen Unterstüktungsraub als einen „Abwehr-Erfolg“ bezeichnet. Gleichzeitig versuchen die Subjekte des Parteivorstandes, die in den SPD-Zeitungen, wie zum Beispiel der Chemnitzer Volksstimme stehen, die Arbeiter recht zu belügen. Die Chemnitzer Volksstimme schreibt am 2. Oktober: „Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaften die neuen Maßnahmen nicht gelassen hinnehmen können, wie es für uns auch ganz außer Frage ist, daß etwa die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Grund dieses neuen Anschlages noch die Möglichkeit finden kann, die von uns niemals tolerierte Tolerierungspolitik fortzuführen.“ Das wagen die Subjekte vom Parteivorstand zu schreiben, wo sie genau darüber unterrichtet sind, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für die Herabsetzung der Unterstüktungsdauer gestimmt haben. Mit frechen Lügen wollen die angeblichen „Ainen“ SPD-Führer die Arbeiter vom Kampf gegen die Verräterbande zurückhalten.

Ein Massensturm muß sich gegen die SPD- und ADGB-Führer erheben. Auch die christlichen Arbeiter müssen mit den Gewerkschaftsbürokraten brechen, die immer größerem Lohn- und Unterstüktungsabbau zustimmen. Unter Führung der KPD und der kommunistischen Partei muß die rote Einheitsfront zustande kommen, die den neuen Lohnabbau einmündigen und unüberwindlichen Damm entgegensetzt und ohne Rücksicht auf kapitalistische Profitinteressen für die berechtigten Forderungen der werktätigen und Arbeitslosen kämpft. Her mit Arbeitsmöglichkeit und Brot! Fortführung der Betriebe ohne Rücksicht auf kapitalistische Profitinteressen! Her mit der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates, die für alle Arbeitslosen und für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit eine menschenwürdige Unterstüktung gewähren soll.

Auf der ganzen Linie vorwärts

Die ersten Erfolge des zweiten Werbesonntages!

- Die rote Neustadt meldet:
- 23 Aufnahmen für Partei
 - 5 Aufnahmen für KPD
 - 3 Aufnahmen für KPD
 - 1 Aufnahme für KPD
 - 5 Abonnenten für Arbeiterstimme
 - 27 Abonnenten für Volkscho
 - 6 Abonnenten für KPD
 - 331 Arbeiterstimmen verkauft
 - 448 Volkschos verkauft
 - 72 Kampfen verkauft
 - 44,50 Mark Literatur verkauft.
- Wo bleibt Verzicht von Jellen 11 und 14!
- Jelle 13 wieder als bester Werber meldet:
- 10 Aufnahmen für Partei
 - 4 Aufnahmen für KPD
 - 1 Aufnahme für KPD
 - 35 Arbeiterstimmen verkauft
 - 6 KPD verkauft
 - 20 Mahnrufe verkauft
 - 20 Volkschos verkauft
 - 6 Kalender a 1 Mark verkauft
 - 40,20 Mark Broschüren verkauft.
- Genosse M. machte für Partei allein 6 Aufnahmen. Gegenüber dem ersten Werbesonntag wurde in Neustadt eine 10prozentige Steigerung erzielt. Bravo, Genossen!
- Die Strahenzelle Wasserwerk, Tolkewitz, erzielte an den beiden letzten Werbesonntagen zusammen:
- 1 Parteilaufnahme
 - 2 KPD-Aufnahmen
 - 3 rote-Hilfs-Aufnahmen
 - 1 Arbeiterstimme-Abonnent
 - 18 Volkscho-Abonnenten
 - 16 Mark Lit. (Zeitungen, Brosch., KPD usw.) verkauft.

Gewerkschaftsopposition Sachsen tagt

Am Sonntag tagte in Chemnitz die von 16 Jahrgängen der ADGB-Gewerkschaften und roten Einheitsverbände abberufene Oppositionskonferenz der Gewerkschaften Sachsens. Diese Konferenz war ein erster Schritt zu verstärkter entschiedener Opposition in den Gewerkschaften. Das Sekret, das den Mittelpunkt der Tagung bildete, hielt Kollege Jaj Sagede, Leipzig.

In der Diskussion sprachen 15 Delegierte der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen Sachsens. Die Diskussion war getragen von der Notwendigkeit der verstärkten Arbeit an der inneren und äußeren Front. U. a. sprach auch ein Vertreter von Angestellten des Butab, der in seinen Ausführungen auflegte, welche Möglichkeiten zur Einziehung der Angestellten in die revolutionäre Front bei richtiger Bearbeitung gegeben sind.

Mit einem Appell, dem Angriff des Unternehmertums die rote Offensive der werktätigen Massen entgegenzusetzen, wurde die Konferenz geschlossen.

(Wir berichten in den nächsten Tagen eingehend über den Verlauf der Tagung.)

Kampfrüstungen der Gemeindefarbeiter

Chemnitz, 5. Oktober.

Gleichzeitig mit den oppositionellen Gewerkschaften tagten gestern in Chemnitz die Vertreter der Gemeindefarbeiter Sachsens. Auf ihrer Tagung wurde Stellung genommen zu den letzten Lohnkämpfen in den Gemeindefbetrieben und zur Vorbereitung der neuen Lohnbewegung. Die Gemeindefarbeiter sind bereits zum dritten Male vom Lohnabbau bedroht. Die Konferenz nahm in der Selbstkritik Stellung zur Mobilisierung der Gemeindefarbeiter und stellt fest, daß die Kampfvorbereitungen vor allem unter der ungenügenden Durchführung der Einheitsfrontpolitik leiden. In einer Entschloßung wurde das Ergebnis der Konferenz zusammengefaßt.

Bonnen für 7 Prozent Lohnabbau

Am 2. Oktober fanden Verhandlungen über den Lohnabbau für die Mansfelder Arbeiter statt. Dabei erklärten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit einem Lohnabbau von 7 Prozent einverstanden. Das genügt aber der Mansfelder Arbeiterschaft nicht und sie droht jetzt mit einer Stilllegung der Betriebe.

Diese Nachricht ist für die Mansfelder Arbeiter ein Alarm signal. Sie müssen unter Führung der KPD den Kampf gegen den Lohnabbau aufnehmen.

Ausdehnung des Hafnarbeiterstreiks!

Hamburg, 4. Oktober 1931 (Fig. Meldung)

Eine Versammlung des Einheitsverbandes der Seemanns, Hafnarbeiter und Binnenhäfen Deutschlands sah einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Streik der Seeleute geht weiter und wird auf alle Schiffe des Hamburger Hafens ausgedehnt. Die Hafnarbeiter Hamburgs legen am Montag, dem 5. Oktober, die Arbeit nieder.“

Ein polnischer Seemann schilderte dann, wie die Seeleute und Hafnarbeiter im Juli trotz verstärkter Maßnahmen der Reformisten und Christen unter tatkräftiger Unterstützung der KPD und ADGB, durch die geschlossene Streikfront der Seeleute und Hafnarbeiter und Gewerkschaften die polnischen Unternehmer auf die Knie gezwungen und ihnen erhebliche Zugeständnisse abgenommen wurden.

In Hamburg steilen bereits die Befehle von dreizehn Schiffen.

Landarbeiterstreik in Anhalt

Auf Gut Neelen bei Kötzschau (Anhalt) greifen die Arbeiter bei der Kartoffelernte um Erhöhung der Löhne. Die einseitige Kampffront der deutschen und polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen erzog einen Erfolg dieses Streiks. Die Vorbereitungen wurden bewilligt.

Verantwortlich für Textes: Otto Gabel, Dresden. Für Verlag: Verlag des Arbeiterbundes, Leipzig. Druck: Druckerei des Arbeiterbundes, Leipzig. Preis: 10 Pfennig. Vertrieb: Buchhandlung des Arbeiterbundes, Leipzig. Druck: Druckerei des Arbeiterbundes, Leipzig. Preis: 10 Pfennig. Vertrieb: Buchhandlung des Arbeiterbundes, Leipzig.